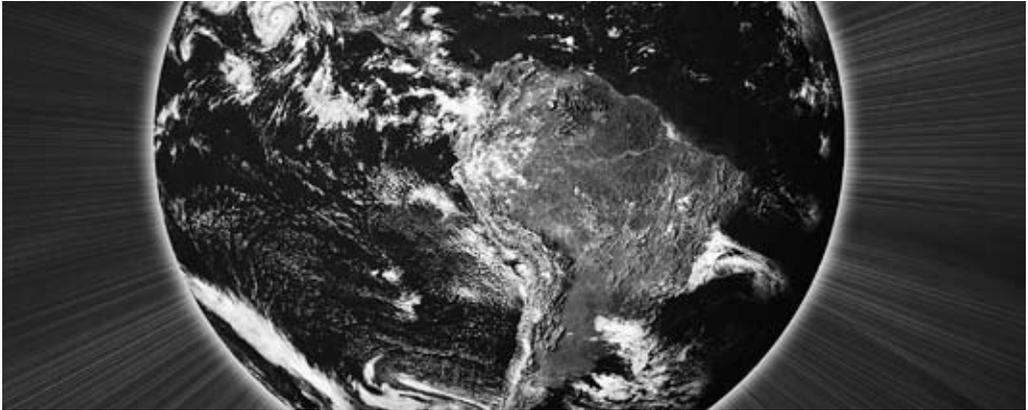


Lateinamerika

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Götz Godowoski, Michael Reschke und Thilo Scholle

Foto: www.fotolia.com, © zusammenmeer



Lateinamerika, im 20. Jahrhundert Versuchslabor für die neoliberalen Strategien des Westens, hat auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts Strategien entwickelt, die im Rahmen einer sozialistischen Politik auch für Europa diskussionswürdig sind. Die Polarisierung der Gesellschaft, die von der Finanzwirtschaft bedrängten Staaten und eine Politik, die ihr Heil in der Entpolitisierung sucht, machen es notwendig, sich auch im internationalen Rahmen umzuschauen, wie ein Gesellschaft wieder zusammenfinden und Demokratie als umfassendes Strukturprinzip für alle gesellschaftlichen Bereiche dienen kann. Entsprechend macht es sich der Heftschwerpunkt Lateinamerika in der Reihe Neue Weltordnung zur Aufgabe, progressive soziale und ökonomische sowie demokratiefördernde Entwicklungen aufzuzeigen.

Der lange Weg zur politischen Eigenständigkeit

In den 1970er Jahren war Lateinamerika noch der Hinterhof eines unerklärten schmutzigen Krieges des Westens gegen linke, vorwie-

gend sozialdemokratische Regierungen. Die Hegemonie der USA und deren unterstützten autoritären Regimes waren darauf aus, den Einfluss der Sowjetunion nicht über Kuba hinaus gehen zu lassen. Gleichzeitig waren vor allem die westlichen Industrienationen auf die Rohstofflieferungen Lateinamerikas angewiesen. Die Luxusgüter des Westens (darunter auch Kaffee und Schokolade) wurden durch Durchsetzung neoliberaler Strategien und diktatorischer Regierungsformen für den Westen erst demokratisiert, d. h. bezahlbar.

Bis in die 1990er Jahre hinein galt Lateinamerika romantisch verklärt als Speerspitze der Modernität. Zum Beispiel Brasilien mit seiner dem Grundriss nach an einem Flugzeug orientierten Hauptstadt Brasilia, oder Argentinien, dessen immense Weideflächen hoch technologisiert agrarindustriell bewirtschaftet wurden und kleine, kooperativ betriebene Bauernhöfe verdrang, oder Chile – das mutmaßlich weitestgehende Experimentierfeld für die neoklassischen Wirtschaftswissenschaftler der Chicago Boys und ihrer Gefolgschaft - in dem nach dem gewaltsamen Umsturz der demo-

kratisch legitimierten sozialdemokratischen Altlende-Regierung anhand von Privatisierungen, Deregulierung und Zerschlagung von Gewerkschaften soziale, wirtschaftliche und politische Grundrechte massiv beschnitten und ein Primat des Marktes etabliert wurden.

Dies alles kann zunächst als die Weiterführung des kolonialen Erbes der iberischen Monarchien in einer veränderten Akteurskonstellation angesehen werden: von Kontinuität bestimmt war die Entsagung politischer Selbstbestimmung und die Abhängigkeit von außen. Eine nationale Identität mit bürgerlichen Gesellschaften konnte so nicht entstehen. Die lateinamerikanischen Staaten glichen eher politischen Verwaltungseinheiten, die durch ein die europäischstämmigen Bevölkerungsgruppen privilegierendes „pigmentokratisches System“ gestützt wurden und den westlichen Wirtschaftsinteressen untergeordnet waren.

„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als gegen-hegemoniales Projekt

Durch die neoliberalen Strategien wurden in den 1990er Jahren ganze Staaten durch den von Weltbank und IWF praktizierten „Washingtoner Consensus“ in den Bankrott getrieben. Traurige Berühmtheit erfuhr hierbei vor allem Argentinien. Lateinamerika geriet so immer mehr an die Peripherie der Weltwirtschaft, was auf der anderen Seite bedeutete, dass sich in den Ländern fernab des Blockgegensatzes und des beendeten Kalten Krieges Möglichkeitsräume ergaben, verschiedene sozialistischen Strategien zu ergründen, die ohne Belastungen durch Mauerbau und Schießbefehl eine solidarische und demokratische Gesellschaft zum Ziel hatten.

Den Anfang machte 1998 Venezuela mit Hugo Chavez. Auf ihn folgte eine ganze Welle erfolgreicher Linksparteien bzw. -bündnisse in den verschiedenen Staaten Lateinamerikas. Erneut wurde Lateinamerika zu einem Versuchslabor, allerdings nunmehr für fortschrittliche,

partizipatorische und solidarische Politiken. Aus den Abhängigkeitserfahrungen mit den Staaten des Nordens heraus war es unvermeidlich geworden, ideelle Alternativen zu Marktradikalismus und Autoritarismus zu finden und auszubauen. Begrifflich wurden und werden die andauernden programmatischen Suchbewegungen als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gefasst. Dieser hat nicht nur zum Kern sich von neoliberaler Hegemonie abzugrenzen, sondern ebenso, Lernprozesse unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem realexistierenden Sozialismus zu integrieren.

Die jeweilige politische Manifestierung gestaltet sich in den Staaten sehr unterschiedlich: Eher europäisch-sozialdemokratisch ausgerichtete Regierungen wie bis 2010 in Chile und aktuell in Uruguay stehen links-nationalistische Regierungen wie in Bolivien und Venezuela gegenüber. Gerade in diesen Ländern ist offen, in wie weit sich neben charismatischen Führungspersonen wie Morales oder Chavez auch ein Umfeld an politischer Organisation bilden wird, das eigene politische Projekte entwickeln und vorantreiben kann.

Interessant ist daher auch ein Blick auf die Debatten in den politischen Parteien. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit der Zeitschrift „Nueva Sociedad“ ein interessantes Diskussionsorgan für den innerlateinamerikanischen linken Diskurs geschaffen. Zugleich ist zu beobachten, dass beispielsweise die Parteistrukturen in Bolivien im Umfeld der nicht der SI angehörenden MAS noch sehr rudimentär und stark auf öffentliche Aktionen und weniger auf programmatische Entwicklungen ausgerichtet sind.

Demgegenüber stagniert die Entwicklung in Chile. 20 Jahre nach dem Übergang vom Pinochet-Regime ist die „Concertation“ der Mitte-Links-Kräfte abgewählt worden. Eine progressive Reform des Wohlfahrtsstaates und eine Umkehr der bisherigen neoliberalen Dogmatik sind nicht gelungen. Gerade hier könnten sich aber interessante Punkte auch der Zusammen-

arbeit zwischen chilenischen und europäischen SozialdemokratInnen ergeben, die in den letzten Jahren mit ähnlichen Phänomenen von Privatisierungen und Vermarktlichungen der Sozialen Sicherung konfrontiert waren.

Eine Sonderstellung nimmt allein auf Grund der ökonomischen Größe und der Diversifiziertheit der ökonomischen Strukturen Brasilien ein. Doch auch hier stellt sich die Frage, in wie weit das bisherige neoliberale Wirtschaftsverständnis durch ein stärker solidarisch orientiertes System ersetzt worden ist. Zwar ist die Zahl armer und hungernder Menschen enorm gesunken, nur geschah dies eher über staatliche Alimentation als über die Integration dieser Menschen in anständige Arbeit. Brasilien ist zudem ein gutes Beispiel für ein weiteres Problem, mit dem sich viele linke Regierungen in Lateinamerika schwertun: Den Umgang mit der Umwelt. Zu nennen sind hier vor allem die Staudammprojekte im Amazonas-Gebiet sowie die dort nach wie vor immer weiter voranschreitenden Rodungen des Regenwaldes und die Fortsetzung des zivilen Atomprogramms.

Einzuschätzen ist zudem auch, in welchem Verhältnis „sozialistische“ Ideologieelemente zu nationalistischen Entwicklungsvorstellungen der einzelnen Regierungen stehen. Hier entsteht oft der Eindruck, dass es manchen der führenden Persönlichkeiten vordergründig bloß um die nachholende ökonomische Entwicklung des jeweiligen Landes gehe, und weniger um die Entwicklung und Umsetzung einer alternativen Wirtschaftstheorie und gesellschaftlichen Etablierung eines stärker solidarischen und partizipatorischen Wirtschaftsmodells.

Auch die Aufarbeitung der Diktaturen der letzten Jahrzehnte schreitet nur langsam voran, da die Schweige- und Stillhalteübereinkommen zwischen den ehemaligen Putschisten und den neuen zivilen Regierungen oft noch intakt sind. Positiv zu erwähnen ist hier vor allem das Beispiel Argentinien, wo es nicht nur

zu Verurteilungen führender Personen der Militärdiktatur gekommen ist, sondern auch der Prozess der Aufarbeitung der Mitverantwortung beispielsweise deutscher Konzerne für die Terrorakte der Militärs begonnen hat.

Kurz: Beim Blick auf Lateinamerika fallen eine Fülle interessanter Entwicklungen im Bereich der Ökonomie, der Gesellschaftspolitik und der Demokratisierung auf. Bei aller Fragmentierung und Ungleichzeitigkeit vieler Entwicklungen stellen sie sich im Vergleich zu den neoliberalen Regimen der letzten 30 Jahre trotzdem bereits als ein enormer Fortschritt dar.

Vorsicht ist jedoch bei allzu einhelligen Urteilen geboten. Von der skizzierten, linksgerichteten Entwicklung sind nicht alle Länder Lateinamerikas erfasst: Kolumbien ist nach wie vor zerrissen von einem ungelösten Bürgerkrieg und vom Terrorismus der Milizen der Drogenbarone. In Ländern wie El Salvador hat eine Aufarbeitung der Militärdiktaturen gerade erst begonnen. In Nicaragua gelang zwar den Sandinisten unter ihrem historischen Führer Daniel Ortega die Rückkehr an die Macht, zugleich ist hier ein großes Maß an politischer Korruption und programmatischer Entleerung der führenden sandinistischen Kader festzustellen.

Mit der Regierung Zelayas in Honduras wurde zudem zum ersten Mal seit Jahren in Lateinamerika auch eine links orientierte Regierung mit Hilfe eines von den USA geduldeten Putsches der alten Eliten wieder von der Macht verdrängt. Neben dem Dauerthema Kolumbien könnte auch dieser Putsch andeuten, dass die USA Lateinamerika wieder mehr Aufmerksamkeit bieten wollen.

Perspektiven der Einzelbeiträge

Der Heftschwerpunkt umfasst vergleichende und Einzelbetrachtungen zu ausgewählten, links-regierten Ländern Lateinamerikas. Dabei fragen sie nach Entwicklungsdynamiken in ökonomischer, sozialer und demokratischer

Hinsicht und nach möglichen europäischen Anknüpfungspunkten.

Dem Pionierland Venezuela mit seinem Staatspräsidenten Hugo Chávez, der den Reigen der Linksregierungen 1998 einleitete und maßgeblich von der Legitimationskrise des damaligen Zweiparteiensystems profitierte, widmet sich *Benedikt Behrens*. Hohe Bedeutung komme der Verfassung von 1999 zu, die von der „bolivarischen Bewegung“ forciert wurde und umfassende wirtschaftliche, soziale und politische Grundrechte umfasst, und die als Grundsatzprogramm des Chavismus betrachtet werden kann. Allen Erfolgen stehe aber ein zentrales Problem Venezuelas entgegen: die ungelöste, existenzielle Abhängigkeit vom Erdöl.

Stephan Reichert beschäftigt sich vergleichend mit dem Stand der Transformationsprozesse in Bolivien und Ecuador. Parallelen fänden sich in politischer Strategie und Stil der Staatspräsidenten Morales (Bolivien) und Correa (Ecuador). Das partizipatorische und emanzipatorische Versprechen beider Bewegungen strebten sie an, in eine umfassende Transformation des politischen Systems mit neuen Verfassungen münden zu lassen. Zu beobachten sei allerdings, dass in beiden Ländern die Transformationen am Scheideweg stünden und zunehmend zum Mittel der politischen Polarisierung gegriffen werden würde.

Dem größten Land Lateinamerikas, Brasilien, widmen sich *Yesko Quiroga* und *Simone Reperger* und fragen angesichts des scheinbaren wirtschaftlichen und politischen Höhenflugs des Landes in den letzten Jahren nach dem Erbe des Staatspräsidenten Lulas und der Zukunft unter seiner Nachfolgerin Rousseff. Deutlich wird, dass es in Brasilien unter Lula gelang, nicht nur im Kontext der G20 und der BRICS-Staaten eine gewichtige Rolle einzunehmen, sondern dass auch innenpolitisch Erfolge hinsichtlich von Armutsbekämpfung, Alphabetisierung und partizipatorischer Demokratie mit einem aktiven Staat und innovativen Programmen

erreicht wurden. Bei allem begründeten Zukunftsoptimismus sei Brasilien allerdings auch zunehmend mit einem verschärften Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie konfrontiert.

Zunehmend präsent in politischen und wissenschaftlichen Zusammenhängen auch in Europa sind die Diskurse um Formen solidarischer Ökonomie. *Ole Erdmann* geht der Idee, ihren politischen Voraussetzungen und Varianten in Lateinamerika nach. Diese Wirtschaftsweise, die Kooperation anstatt Konkurrenz als dominierendes Prinzip aufweist, sei allerdings nicht zwingend ein systemtransformatorisches Projekt, vielmehr ließen sich Sektoren solidarischer Ökonomie mit privatwirtschaftlichem und öffentlichem Sektor vereinbaren. Neben ökonomischer Selbsthilfe abseits des klassischen Arbeitsmarktes böte jene Wirtschaftsweise außerdem – insbesondere für Frauen – Potenziale des Empowerments.

Nach Jahrzehnten neoliberaler Regime und Autoritarismus entschlossen sich am Scheideweg zwischen Kontinuität und Aufbruch zahlreiche Staaten Lateinamerikas für neue Wege. Bei aller Vielfalt orientieren sie sich doch verbindend an einer alternativen Gesellschaft, die sich nicht durch Ungleichheit, Entpolitisierung und Entsolidarisierung geprägt sein soll. Ersten Erfolgen stehen offene Zukunftsfragen gegenüber. Im Rahmen der Diskussion, ob und wenn ja wie sich eine neue Weltordnung etabliert und wohin Gesellschaften steuern sollen, bieten die Transformationsprozesse Lateinamerikas Ausgangs- und Anknüpfungspunkte, die auch für die europäische Linke von Belang sind. Nicht zuletzt deshalb, da sich eine sozialistische Strategie immer auch an ihrem internationalistischen Gehalt messen lassen muss. Der Blick auf die europäische Dimension deutscher Politik darf nicht den Blick auf alternative Entwicklungen auf anderen Kontinenten verstellen. ■

☞ Götz Godowski ist Lehrer und stellv. Vorsitzender von proms-Nord.

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion und im Juso-Bundesvorstand.